



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Erhalt der erweiterten Grundstückskürzung

Aktuell seit 07.07.2026 09:13:04

Angegeben von:

Dr. Tanja Wiebe LL.M. – FinTax policy advice (R001023) am 10.07.2025

Beschreibung:

Ziel ist, die sog. erweiterte Grundstückskürzung im Gewerbesteuerrecht zu erhalten (§ 9 Nr. 1 S. 2 ff. GewStG). Die Besteuerung von insbesondere Immobilien- Kapitalgesellschaften steht immer wieder als ungerechtfertigte Begünstigung in der Kritik. Es zeichnet sich eine Tendenz ab, die eine politische Bereitschaft zur Abschaffung der erweiterten Grundstückskürzung vermuten lässt. Dem soll argumentativ entgegengetreten und das geltende Recht beibehalten werden.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

GewStG [alle RV hierzu]

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags zur Besteuerung im Bereich Immobilien (Umfassende Reform des Grunderwerbsteuerrechts/ Erhalt der erweiterten Grundstückskürzung) wurden Mails mit Hintergrund- und Positionsinformationen an Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie an Steuerabteilungs-, Unterabteilungs- und Referatsleiter des Bundes versandt. Darüber hinaus wurden mehrere Gespräche mit den Adressaten geführt, um diese über die Hintergründe zu informieren und die Positionen zu artikulieren.

Auftraggeber/-innen (5):

1. Covivio Immobilien SE
2. Deutsche Wohnen SE
3. LEG Immobilien SE
4. Vivawest Wohnen GmbH
5. Vonovia SE

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt